



April
2013
Nr. 10

Freiburg – Stadt für Alle?!

Armut und Ausgrenzung nimmt in Europa stetig zu

Die aktuelle Krise und deren Sparprogramme haben zu einer krassen Verarmung in der EU geführt. In einer Studie von Caritas Europa, macht insbesondere auf die Armut von Kindern und Jugendlichen aufmerksam, von denen in Europas Krisenländern bereits ein Drittel in Armut lebt. Die Sparprogramme haben "extrem negative Auswirkungen auf das Leben schutzbedürftiger Menschen", betont die Studie, und warnt vor einer „verlorenen Generation“. Auch das Rote Kreuz versorgt, nach eigenen Angaben, mittlerweile in 2/3 der EU-Ländern Menschen mit Lebensmittelhilfen. Es gebe "breite Bevölkerungsschichten quer über den ganzen Kontinent", die versorgt werden müssten. Blitzlichter aus Europa:

Ungarn

Die Ausgrenzung von Menschen, Einschränkung von Grundrechten, und im März hat die Entwicklung Ungarns zu einem autoritären Staat mit einer erneuten Verfassungsänderung einen neuen Höhepunkt erreicht. So wurde, nachdem das Verfassungsgericht im November 2012 ein Gesetz aufhob, das Obdachlosigkeit unter Strafe stellte, nun dieses Gesetz einfach in Verfassungsrang gehoben. Nun können Menschen, die obdachlos sind, inhaftiert oder mit Geldbußen belegt werden. "Diese Verfolgung sozial benachteiligter Menschen ist in Europa beispiellos", so die BAG Wohnungslosenhilfe Österreich.

Die Situation von Flüchtlingen ist ebenso katastrophal, sodass selbst deutsche Gerichte eine Abschiebung (Dublin II) nach Ungarn für nicht rechtens ansehen, da „die Betroffenen einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt“ sind.

Griechenland

Eine Reise von medico international und dem Verein Demokratischer ÄrztInnen Ende Februar in Athen und Thessaloniki führte zu erschreckenden Erkenntnissen. So seien nahezu 50% der Menschen nicht mehr krankenversichert und bei den Auswirkungen der aktuellen Sparpolitik könne „man aktuell ohne Übertreibung von einer sozialen und gesundheitlichen Katastrophe sprechen.“

Bilder von öffentlicher Armut sind seit kurzem unter Androhung von Strafen im TV verboten.

Ausgrenzungen und Roma Hetze in Deutschland

Mit einem Vorbehalt gegen das Europäische Fürsorge-

RECHT - AUF - STADT - NETZWERK - TREFFEN

Jeden **2. Freitag im Monat um 20 Uhr** im Syndikats-Büro auf dem Grethergelände (Adlerstr. 12). Das nächste Treffen findet am **12. April** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Stadtpolitik von A-Z zu finden auf
www.rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 12.04. „Recht auf Stadt“ - Treffen | 20 Uhr – Adler 12
- 13.04 12Uhr | GegenImmo-Leergutalley | Annaplatz

Immer wieder aktuelle Termine:
www.rechtaufstadt-freiburg.de

Kommentar: HEALTHY- UND GREEN-CITY

In Freiburg dämmert es manchen, dass mit „Green City“ wohl nicht mehr ewig in der Städtekonkurrenz als Alleinstellungsmerkmal gepunktet werden kann. So deutet sich immer mehr an, dass nun mit der „Healty City“ - der Gesundheitsstadt - der Markenkern Freiburgs erweitert wird.

Die Uniklinik wirbt um zahlungskräftige Kunden, denen sie ihre Gesundheitsdienste anbietet und privat abrechnen kann. So hat sich der Verein „Health Region Freiburg“ gegründet, der Medizin und Tourismus besser koordinieren will. Wie sagte der Vorsitzende, gleichzeitig Geschäftsführer der städtischen FWTM, Dalmann, in der BZ (23.3.) zu einer Operation eines 19-jährigen: *"Knapp 28 000 Euro – dafür müssen wir viele Reisebusse hier nach Freiburg holen. Das entspricht sehr vielen Touristen, die dafür Postkarten und Wurst auf dem Münsterplatz kaufen."*

abkommen (EFA) versucht die Bundesregierung seit einem Jahr Menschen aus EU-Staaten vom Hilfesystem auszugrenzen. Besonders Bundesinnenminister Friedrich „warnt“ vor Armutsmigration, aber auch der Städtetag bringt irreführende Zahlen in die Diskussion und heizt die Debatte an. Besonders Menschen aus Rumänien und Bulgarien sind im Fokus der Auseinandersetzung.

Das Politmagazin Monitor (14.3.) spricht hierbei von einer „menschenverachtende[n] Hetzkampagne“, in der „EU-Bürger zu Parasiten erklärt“ werden. *„Offenbar fallen alle Hemmungen, wenn in Deutschland über Roma gesprochen wird – auch beim Bundesinnenminister.“*

In der aktuellen Krise zeigt sich, wie viel die Versprechen von Demokratie und Wohlstand für Alle wert sind. Nicht die Ursachen und Strukturen von Armut werden bekämpft, sondern die von Armut Be-

troffenen!

„Recht auf Stadt“ heißt, sich gegen jegliche Form von Ausgrenzung und Ausbeutung zu wehren!
(rdl, spon, tp, standard, medico, taz)

STADT-FÜR-ALLE-NACHRICHTEN (Rückblick vom 15. Februar bis 15. März)

ARMUT ABGESCHAFFT!

Armut und Ausgrenzung nehmen in Europa zu, nicht aber in Deutschland, wenn man der Bundesregierung glauben schenken will: Erst wurden die Lohnstückkosten mit den Hartz-Gesetzen (SPD/Grüne) in den Keller getrieben (niedrige Löhne sind „Ausdruck struktureller Verbesserungen am Arbeitsmarkt“) und nun definiert und zensiert die jetzige Bundesregierung (CDU/FDP) einfach mal Armut weg. Der neue „Armut- und Reichtumsbericht“ ist veröffentlicht. Die Empörung der Hartz-Koalition ist Wahlkampfgetöse und unglaublich. Denn es „müsste die Kritik auf die kapitalistisch verfasste Gesellschaft zielen, die Armut für viele ebenso hervorruft wie Reichtum für Wenige“, so Peter Nowak.

ZWANGSRÄUMUNG IN BERLIN

Die „unsichtbare Hand des Marktes“ und des Staates zeigt sich mal wieder in Form von 815 PolizistInnen und einer Gerichtsvollzieherin, die im dritten Anlauf die Zwangsräumung (trotz 500 Demonstrierenden) mittels Schlagstock, Pfefferspray, Hubschrauber und List in Berlin am 14. Februar durchboxten. Die von der Zwangsräumung betroffene fünfköpfige Familie Gülbol bedankte sich bei den Menschen, die sich solidarisch gezeigt haben – auch wenn sie nun geräumt sind: „Der Kampf geht weiter gegen diese Ungerechtigkeit“.

IN SPANIEN IMMER ERFOLGREICHER

In Spanien hat der Widerstand gegen Zwangsräumung eine längere Tradition (wir berichteten) und ist angesichts der unvorstellbaren Zahl (400.000 Räumungen in Spanien seit Beginn der Krise) von Zwangsräumungen auch noch verständlicher und nötiger. Am 18. Februar zum Beispiel mussten Gerichtsvollzieher und Polizei in A Coruña unverrichteter Dinge wieder abziehen. Menschen hatten sich an die Türe gekettet und blockiert, die Feuerwehr verweigerte die Ketten und die Tür aufzubrechen.

Ebenso wurde die Regierung mit etwa 1,5 Millionen Unterschriften, dazu gezwungen, sich mit einer Gesetzesinitiative gegen Zwangsräumung auseinanderzusetzen. So wie der Gerichtshof der Europäischen Union (EuG) die

Rechtspraxis der Zwangsräumungen für unrechtmäßig erklärt.

Bei einer Aktion (28.2.) der Plattform der Hypothekengeschädigten (PAH) wurde mit 200 Menschen die Bankzentrale der Banco Popular in Barcelona besetzt, um so unter anderem gegen 40 anstehende Zwangsräumungen zu protestieren.

Wie meinte Manoli Cortés (66) aus Sevilla: „Ältere Frauen, die Häuser besetzen – das ist das neue Markenzeichen Spaniens“. (bodenfrost, rdl, WOZ)



VERDRÄNGUNG MACHT KRANK

Gentrifizierung schlägt sich auf die Gesundheit nieder. So zeigt eine Studie der US-Gesundheitsbehörde (cdc.gov) bei von Verdrängung Betroffenen Personen eine kürzere Lebenserwartung, höheres Krebsrisiko und Kindersterblichkeit, höhere Wahrscheinlichkeit von Asthma, Diabetes und Herz- und Gefäßerkrankungen.

30% SIND GENUG!

In Spanien werden in den Protesten um hohe Mieten und Zwangsräumungen Forderungen nach einer „Sozialmiete“ laut, die bei 30% des Haushaltseinkommen liegen soll laut. Die Forderung nach 25% sind genug, gab es ja auch schon in Freiburg durch WiM.

Und hierzulande wird diskutiert, ob es auf den Märkten (genau: Denkt denn eigentlich irgendwer auch mal an die armen Märkte!) einen „Anfang von Preisübertreibungen“ gebe. Wie bitte: Also es reicht schon lang!

Das Bedürfnis nach Wohnraum müsste, wie es bei der Bildung propagiert wird, uneingeschränkt für alle zugänglich sein.

INSTANDBESETZUNG IN MÜNCHEN YOUTUBE-HIT

Mit einer vorübergehend Instandbesetzung mit Hip-Hop Blasmusikkapelle wurden eine Wohnung beispielhaft renoviert. Das gesamte Gebäude, im Besitz der Stadt München, soll abgerissen werden. Das Video dazu ist mit mehr als 134.000 Aufrufen innerhalb kurzer Zeit ein youtube-Hit geworden. youtu.be/tBk2HdyuzB0

MIETWAHNSINN IN STUTTGART

In Stuttgart fand am 7. März eine Demo „Wohnen bezahlbar machen und Mietpreisexplosion stoppen“ statt. Aus Freiburg gab es für diese Demo auch ein Grußwort. Was hier die FSB ist, heißt dort die städtische Wohnungsgesellschaft (SWSG) Ursel Beck von der Mieter/Bürgerinitiative Hallschlag meinte hierbei: „Das einzige Mittel um was zu verändern ist, dass die Mieter sich wehren und hier ein Aufstand machen.“ (rdl.de)

[Fr] MIETWAHNSINN

Ein privater Vermieter in Zähringen verlangte einen Einkommensnachweis (netto) über 1900€, um in den Genuss seiner Wohnung für 500€ (ca. 40qm) zu kommen. Dem gegenüber stehen 39 Prozent der Erwerbstätigen, die in BaWü mit Nettolöhnen von max. 1300 Euro auskommen müssen. Die in Freiburg, der „Hauptstadt des Niedrigeinkommens“, noch geringer ausfallen. rdl.de

[Fr] MIETWAHNSINN II:

Das Sozialgericht Freiburg kommt in einem aktuellen Urteil gegen eine Bezieherin von ALG II zu folgenden Erkenntnissen: Trotz des gesundheitsgefährdenden Schimmelbefalls in ihrer Wohnung könne sie sich nicht auf "die körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 Abs.2 S. 1 GG" berufen. Eine teilweise Kostenübernahme für eine fachgerechte Schimmelrenovierung könne nicht bewilligt werden, "zumal es der Klägerin freisteht, sich eine andere Wohnung zu suchen".

[Fr] TAG IN LANDWASSER

Erst vor kurzem hat der Finanzminister 11.000 bundeseigene Wohnungen an die TAG verkauft. Der Immobilien-Dealer

TAG, der in Landwasser schon länger Wohnungen besitzt, lässt seine Wohnungen weiter vergammeln. Herunterfallende Fassadenteile sollen von Gerüsten aufgefangen werden. Report Mainz berichtet darüber und sprach mit Mieterinnen aus Landwasser.

EXISTENZMINIMUM BLEIBT!

In einem Urteil des LSG Bayern wurde klar gestellt, dass das Taschengeld im Asylbewerberleistungsgesetz zum Existenzminimum gehört und nicht gekürzt werden darf. Es mehren sich die Urteile, wonach das Existenzminimum (also auch im ALG II) nicht durch Sanktionen unterschritten werden darf. Endlich mal ein

gutes Signal, meist sind Verschärfungen erst im Flüchtlingsbereich durchgesetzt worden um sie dann Jahre später auf Erwerbslose anzuwenden, vielleicht gibt es auch eine andere Richtung.

Ein höheres Existenzminimum das nicht, auch nicht durch Sanktionen, unterschritten werden kann., fordert die Initiative www.menschenwuerdiges-existenzminimum.org

[Fr] Versammlungsfreiheit

Die Versammlungsfreiheit muss in Freiburg immer wieder durchgesetzt werden. Die Anti-Atomgruppe in Freiburg wehrte sich gerichtlich gegen die Einschränkungen, die das „Amt für öffent-

liche Ordnung“ mittels eines umfangreichen Auflagenkatalogs mal wieder gemacht hatte: Keine Trommeln, kein Megafon und immer freie Sicht auf die Schaufenster der Konsummeile. Im nachhinein wurde diese Auflagen für rechtswidrig erklärt, was das Amt wohl nicht daran hindert, es bei der nächsten Gelegenheit wieder zu versuchen.

Ebenso wehren sich AnwohnerInnen gegen die Stadt, die beim letzten 1. Mai mit Hilfe von Allgemeinverfügungen das traditionsreiche 1. Mai-Straßenfest im Stadtteil Grün zu verhindern versuchte, gerichtlich. (rdl.de)